

Rede von MdL Annetrin Klepsch innerhalb der Debatte zum Doppelhaushalt 2011-2012 zum Einzelplan 08 des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

Angesichts der Tatsache, dass Sozialministerin Frau Clauß heute ebenfalls Lila trägt frage ich mich, ob es sich dabei - wie gestern bei den Herren Tillich und Morlok - um den Versuch von Modebewusstsein handelt oder ob Frau Clauß heute - gewissermaßen posthum - ihre Solidarität mit dem Landesfrauenrat und ihren Widerstand gegen das eigene Ministerium signalisieren will?

Der Ministerpräsident, Herr Tillich, ließ uns gestern in seiner Regierungserklärung zum Haushalt wissen, dass Sachsen „für alle Menschen attraktiv“ sein soll. Bei Ihrem Regierungsantritt vor zwei Jahren, Herr Tillich, haben sie noch verkündet: „Wir treten an, alle Kräfte unseres Landes zu stärken. Die Wirtschaft genauso wie den sozialen Zusammenhalt. Sachsen soll für alle Generationen eine gute Heimat sein.“

Wie fachkompetent Sie den sozialen Zusammenhalt im Freistaat Sachsen gestalten, lässt sich an Ihrem Haushaltsentwurf im Bereich der Sozialpolitik für Familien und deren Kinder ablesen. Sie beten das Mantra der Generationengerechtigkeit und sparen gleichzeitig an allen Generationen und an denjenigen, die sich um Alte und Junge, um Hilfesuchende und Schwache kümmern.

Sie streichen das kostenfreie Vorschuljahr, Sie kürzen die Familienerholung und das Landeserziehungsgeld, Sie streichen bei den Maßnahmen zur Familienbildung, Sie provozieren Fahrpreiserhöhungen für den ÖPNV weil Sie die Zuschüsse kürzen, Sie kürzen das Schulgeld für den Besuch freier Schulen durch Kinder einkommensschwacher Eltern, Sie bleiben bei der Kürzung der Jugendpauschale und Sie halbieren die Mittel für die Stärkung der Demokratie. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Kurz, Sie machen Finanzpolitik auf Kosten derjenigen, deren Solidarität Sie einfordern. Und eine solidarische Gesellschaft besteht eben nicht nur aus Sportverein, Freiwilliger Feuerwehr oder Kleingartengemeinschaft - das mag in Panschwitz-Kuckau so sein, aber nicht im Rest des Freistaates - sondern eine solidarische Gesellschaft bedarf auch sozialer und repressionsfreier Räume für junge Menschen und Familien. Solche Räume sind beispielsweise Kinder- und Jugendtreffs, sind engagierte Jugendverbände, sind Ferienfreizeiten und Familienberatungsstellen.

Doch was Sie, Herr Tillich, Ihrem Kabinett durchgehen lassen, ist die hemmungslose Kürzung in dem einen und das Verplempern von Geld in anderen Bereichen, erinnert sei hier an die Imagekampagne der Staatskanzlei. Die Stellungnahme des Landesjugendhilfeausschusses, der Ihre Regierung beraten soll, wurde hier kleinlaut verteilt und offenbar von niemandem im Kabinett zur Kenntnis genommen, denn sonst würde der Haushalt nicht so aussehen. Der

geltende Landesjugendhilfeplan, der noch bis 2014 gilt, ist mit dieser Haushaltspolitik nur in Ansätzen umsetzbar.

Und Herr Tillich, es ist unverschämt, die massiven Kürzungen im Kinder- und Jugendhilfebereich innerhalb des Sozialressorts mit der Phrase abzuspeisen „wir mussten einige Sozialleistungen anpassen“ oder wie der Finanzminister von einer „gerechten Lastenverteilung mit Außenmaß“ zu schwafeln. Sozialleistungen kann man dann anpassen, wenn der Bedarf sinkt, weil es weniger Bedürftige gibt. Mit dem demografischen Wandel allein lassen sich die Kürzungsorgien Ihres Sozialministeriums aber nicht rechtfertigen.

Im Gegenteil, denn gerade im Hinblick auf Jugendliche im ländlichen Raum wissen wir, dass es dort aufgrund des Geburtenrückgangs zu einer Verinselung junger Menschen kommt und eine altersgemäße Sozialisation mit Gleichaltrigen kaum noch möglich ist, weshalb es professioneller Angebote bedarf.

Nun haben die Sozialpolitiker/-innen von CDU und FDP immerhin eine Aufstockung von 500.000 Euro im zuvor halbierten Haushaltstitel „Maßnahmen zur Stärkung des demokratischen Handelns“ erreicht. Aber, liebe Kolleg/-innen, die hier angestrebte Ausweitung des flexiblen Jugendmanagements ist kontraproduktiv, wenn auf der kommunalen Ebene die Jugendhilfe ausgedünnt ist und die Ansprechpartner fehlen, weil durch die Kürzung der Jugendpauschale in jedem Landkreis mindestens 6 bis 8 Vollzeitstellen in der Jugendarbeit gekündigt wurden.

Das Landesjugendamt hat seine Evaluation zum flexiblen Jugendmanagement vor kurzem abgeschlossen und kommt zu dem Schluss, dass eine Ausweitung derzeit nicht sinnvoll ist, ich darf zitieren: „Die sichere Einbindung des FJM in die Strukturen der Jugendhilfe ist derzeit aus unterschiedlichen Gründen (so auch möglicherweise wegen der Kürzung der Jugendpauschale) noch ungewiss.“

Bei der Ausweitung des FlexMan lässt sich Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, noch freundlich unterstellen, dass Sie das pädagogische Konzept dahinter und dessen Einbettung in vorhandene Jugendhilfestrukturen nicht kennen.

Wie Sie aber mit der Reservierung von bis zu 100.000 Euro für den Ring Politischer Jugend in die Staatskasse greifen, ist einfach nur dreist! Ich nenne das Selbstbedienung, wenn die politischen Jugendverbände in den Haushaltserläuterungen schon eine feste Summe zugesagt bekommen, während die landesweiten und nicht parteinahen Jugendverbände mit fast 30 Prozent Kürzungen zum Sparhaushalt beitragen, sich einer intransparenten Matrix aus dem Hause Clauß & Fischer unterwerfen müssen und auf Weiterförderung ab Januar nur hoffen können.

Zum Schluss noch ein Wort zur Schulsozialarbeit: In Ihrem Koalitionsvertrag versprechen Sie noch, die Kinder- und Jugendhilfe mit der Schulsozialarbeit zu verzahnen und „Niveau und Qualität der Angebote gerade auch im ländlichen Raum verbessern“ zu wollen.

Die Schulsozialarbeit, die bisher schon mangelhaft ausgebaut war, leidet seit diesem Jahr unter der Kürzung der Jugendpauschale, daraus resultierenden Stellenstreichungen und der Zusammenlegung von jugendhilflichen Leistungsarten. Im ländlichen Raum wird derzeit nichts verbessert und gestärkt, sondern da wird gekündigt, ausgedünnt und zurückgebaut!

Frau Clauß, Ihr Haus weiß ganz genau, wie groß der Handlungsbedarf in der Schulsozialarbeit ist und Ihre Fachleute haben die Konzepte längst in der Schublade. Unseren Antrag, die Schulsozialarbeit über das SMK an Grundschulen einzuführen, hat die Koalition gestern leider abgelehnt.

Wenn Sie Ihren Koalitionsvertrag ernst nehmen, dann korrigieren Sie Ihren Haushaltsentwurf im Sozialressort. Oder verzichten Sie, Frau Clauß, bitte in Zukunft darauf, Ihr Ministerium als das „soziale Gewissen“ Sachsens zu bezeichnen!